

Pressespiegel 2019

Press Documentation 2019

NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Konzernkommunikation

15.07.2019 / KW 28





Produkte

14.07.2019

Biometrie im Glücksspiel: „Sicherste Methode wäre DNA“

Novomatic investiert stark in die Entwicklung neuer biometrischer Verfahren, mit denen man Spieler eindeutig identifizieren kann.

Sei es nun Entsperren per Fingerabdruck, Gesicht oder gar Stimme: Biometrische Sensoren sind mittlerweile allgegenwärtig. Nicht nur auf dem Smartphone finden derartige Technologien mittlerweile Anwendung, auch in anderen Bereichen wird Identität immer häufiger auf diesem Weg festgestellt. Insbesondere die Glücksspiel-Industrie setzt mittlerweile stark auf Biometrie.

Doch während es beim Smartphone kein Problem ist, wenn der Sensor einen Fingerabdruck nicht sofort erkennt, werden hier höhere Ansprüche gestellt. Reinhard Prandl, Leiter der technischen Entwicklung bei Novomatic **Biometric Systems**, erklärt im Interview, wie der österreichische Konzern derartige Technologien entwickelt und ob es eine Alternative zum Fingerabdruck gibt.

futurezone: Weshalb setzen Sie auf biometrische Sensoren im Glücksspiel-Sektor? Reichen klassische Zugangstoken nicht aus?

Prandl: Wir streben stets nach einem sicheren, technisch ausgereiften und möglichst unkomplizierten Ansatz, um den Spielerschutz bestmöglich zu unterstützen und gleichzeitig einen missbräuchlichen Umgang zu verhindern. Zugangstoken haben einen entscheidenden Nachteil: sie können verloren gehen und im schlimmsten Fall weitergegeben werden. Biometrie bietet die vollständige Automatisierung des schnellen Zutritts zu einer Spielstätte und gewährleistet gleichzeitig die sichere Umsetzung gesetzlicher Vorgaben bezüglich Identifikation, sowie Jugend- und Spielerschutz.

Fingerabdrucksensoren und andere biometrische Sensoren in Smartphones gelten als eher unzuverlässig und ließen sich oftmals relativ einfach austricksen. Inwieweit unterscheiden sich ihre Sensoren von diesen Modellen?

Die eingesetzte Technik unterscheidet sich gravierend von der am Smartphone. Das Smartphone hat in einer Großfamilie vielleicht fünf Personen zu unterscheiden und ist für eine geringere Lebensdauer ausgelegt. Smartphones arbeiten teilweise mit „Echtbildern“, da die Erkennungsgeschwindigkeit nicht kritisch ist, und Fehler eher toleriert werden. Wir arbeiten mit errechneten Zahlencodes – sogenannten Templates. Unsere Systeme laufen bereits heute mit teilweise über einer Million Templates, mit einer Erkennungsgeschwindigkeit von unter einer Sekunde. Dabei stehen mitunter die zentralen Serverkomponenten hunderte von Kilometern entfernt. Die Sicherheit lässt sich nicht ausschließlich auf die Sensoren runterbrechen. Es muss das gesamte Ökosystem und der Anwendungsfall betrachtet werden.

Wie präzise funktionieren ihre Sensoren? Wäre es für einen Angreifer möglich, mit einem Scan bzw. einer Nachbildung Zugriff zu erlangen?

Unsere Lösungen setzen auf Produkte von Weltmarktführern – diese finden Sie auch in staatlichen Behörden oder in Einrichtungen wie Flughäfen und Grenzkontrollen. Diese Produkte oder Lösungen kombinieren wir mit Eigenentwicklungen im Hard- und Softwarebereich. Zusätzlich tragen ausgereifte und erprobte IT-Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhter Sicherheit bei. Wir setzen nicht nur erprobte und ausgereifte Produkte ein, sondern können auch Prüfberichte und Zertifikate international anerkannter Prüfstellen vorweisen. Wir arbeiten stets an möglichen Manipulationsszenarien, wodurch dank enger Markt- und Herstellerkooperationen neue Angriffsszenarien schnell getestet und vorsorglich verhindert werden. Die Erfahrung zeigt, dass durch den Einsatz der Biometrischen Merkmale der Fokus der kriminellen Energien auf andere Komponenten gelegt wird.

Wie hoch ist der Forschungsaufwand, den Sie in diesem Bereich betreiben?

In allen Bereichen der Novomatic, vor allem in der Forschung und Entwicklung, wird immer eine duale Strategie verfolgt. So sind auch im Bereich der Biometrie zumindest zwei Entwicklungsstandorte involviert. Dies hat den Vorteil, dass Synergien und Erfahrungen zur Verbesserung und Optimierung der Technik sowie der Anwendungsfälle beitragen.

Wie garantieren Sie die Sicherheit der biometrischen Daten? Wäre es für Angreifer möglich, an gespeicherte Daten zu kommen und diese für andere Zwecke zu missbrauchen?

Die Sicherheit der Daten ist eines unserer größten Anliegen. Die biometrischen Daten sind nach der Erfassung nur noch ein verschlüsselter Zahlencode, ein sogenanntes Template. Dieser Zahlencode lässt sich nicht mehr auf beispielsweise ein Fingerabdruck-Bild „zurückrechnen“ – auch uns oder einer staatlichen Behörde ist dies nicht möglich. Die Systeme und Datenbanken sind zusätzlich verschlüsselt, ebenso die gesamte IT-Infrastruktur. Man könnte salopp von einer 3-fachen Verschlüsselung sprechen.

Äußern Kunden gelegentlich Bedenken, ihre biometrischen Daten abzugeben bzw. werden ihnen Alternativen geboten?

Es werden immer Alternativen angeboten. Bedenken gibt es gerade am Anfang oft, das war beim Smartphone nicht anders. Heute können Sie einen Iris-Scan am Smartphone nutzen und keiner findet das mehr ungewöhnlich. Unsere Gäste und Kunden schätzen die Diskretion sowie die Handhabung.

Sie geben an, dass Sie auch viele Patente halten – was genau haben Sie sich dabei schützen lassen?

Es geht um den automatischen Transfer des e-Wallet, initiiert durch den (zuvor registrierten) „Finger“ und der Logik, dass auch lokal, also herkömmlich mit Münzen und Geldscheinen, ein Credit aufgebucht werden kann. Es gibt dazu Patente in vielen Ländern, wie den USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Österreich und auch Australien, Singapur, Russland, Mexiko, Südafrika. In einigen weiteren Ländern sind die Patent-Prüfungsverfahren noch am Laufen.

Sie werben unter anderem damit, dass durch die Absicherung mit biometrischen Zugängen besserer Spielerschutz möglich sei. Wie funktioniert das?

Die von uns entwickelte Technologie wird spezifisch an die unterschiedlichen Anforderungen der Märkte angepasst. In allen EU-Ländern ist der Zutritt zu Spielstätten nur für Volljährige gestattet. Eine persönliche Kontrolle durch Personal war immer zeitintensiv und auch nicht fehlerfrei. Der bessere Spielerschutz ergibt sich bereits aus der Prävention der Weitergabe von Kundenkarten. Selbst wenn ein illegaler Zutritt gelingen sollte, lassen sich die Automaten nicht ohne Fingerabdruck in Betrieb nehmen. Üblicherweise sind Spielstätten immer mit Personal besetzt, wodurch auf Wunsch immer auch auf menschliche Interaktion zurückgegriffen werden kann. Im Rahmen der gesetzlichen Auflagen und des eigenen Suchtpräventionsprogrammes wird auf Alarmsysteme gesetzt. Die Systeme erkennen ungewöhnliches Spielverhalten und geben dies an die Mitarbeiter weiter, die dann mit dem Gast in Kontakt treten. Es gibt die Möglichkeit einer freiwilligen Einschränkung der Spieldauer oder der Verlustobergrenze. Aber es kann auch – sofern der Kunde nicht selbst handelt - bis hin zum Ausschluss des Kunden vom Spielbetrieb unsererseits führen, wenn problematisches Spielverhalten vorliegt.

Nutzen Sie die über die Sensoren erhobenen Daten auch für andere Zwecke, beispielsweise das Tracking einer Person im Gebäude zu Marktforschungszwecken

Nein. Der Einsatzzweck und die daraus resultierenden Maßnahmen sind immer gesetzeskonform und zusätzlich durch den Betreiber geregelt. Die Datenhoheit obliegt ausschließlich dem Betreiber im jeweiligen Land. Die Installation der zentralen Serverinfrastruktur findet immer im Betreiberland statt und obliegt auch seiner Verantwortung. Alle Angebote und Möglichkeiten basieren auf dem Opt-In Prinzip, der Kunde entscheidet welche Angebote er wahrnehmen will, und welche nicht. Um gesetzlichen Auflagen gerecht zu werden, müssen selbstverständlich einmalig personenbezogene Daten erfasst werden, diese dienen aber ausschließlich der Prävention von Geldwäsche und Kriminalität.

Kommen Ihre Sensoren ausschließlich im Glücksspiel oder auch in anderen Branchen zum Einsatz?

Unsere Technik wird ausschließlich in Bereichen der Novomatic AG eingesetzt. Dies umfasst das Glücks- und Sportwettangebot und die Sicherung von Büro- und Sicherheitsbereichen. Wir haben mit Hilfe der Biometrie eine komplette Abdeckung von Casinos mit angeschlossenen Hotel und Gastronomie umgesetzt. Sie registrieren sich beim Check-In einmalig, und auf Wunsch nur für die Dauer Ihres Aufenthaltes, und nutzen dann in allen Bereichen ausschließlich Ihre biometrische Methode.



© Bild: Thomas Meyer Photography

Wir haben mit Hilfe der Biometrie, unter dem Namen „NovoHive“, eine komplette Abdeckung von klassischen Slots, Sportwetten, Online-Angeboten und Casinos, mit angeschlossenen Hotel und Gastronomie, umgesetzt. Der Kunde kann sein Spielerangebot mit einer weiteren Zustimmung auf die gewünschten Bereiche erweitern, ohne eine erneute Abgabe seiner biometrischen Daten durchführen zu müssen. Dies bedeutet eine Steigerung von Effizienz und Sicherheit für unsere Kunden.

Mittlerweile gibt es zahlreiche biometrische Verfahren – welches sehen Sie als das zukunftsträchtigste an und weshalb?

Die sicherste Methode wäre die DNA – das lässt sich aber in absehbarer Zukunft nicht umsetzen. Es gibt in bewährten Techniken noch viel ungenutztes Potenzial. Wenn man unsere Kernkompetenz betrachtet, die gegebene Abhängigkeit zu den Automaten und konstruktionsbedingten Einschränkungen, setzen wir bereits auf die optimalen Methoden. Es muss immer eine Verhältnismäßigkeit gegeben sein. In einzelnen Bereichen setzen wir bereits testweise kombinierte biometrische Methoden ein. Die Identifizierung findet über den Fingerabdruck statt, die Verifizierung wird über die Gesichtserkennung durchgeführt.

In den nächsten Jahren werden Fingerabdruck-Scanner in den Bildschirmen interessant – hier können wir die Bauform und den Platzbedarf optimieren. Allerdings sind die von den Smartphones bekannten Techniken für uns nicht verwendbar. Es gibt eine Vielzahl von biometrischen Merkmalen, die sicher auch umsetzbar wären. biometrische Methoden wie die Handschrifterkennung, Bewegungserkennung oder die Stimmerkennung fallen aufgrund unseres Einsatzgebietes aus.

Wie stehen Sie zur Gesichtserkennung?

Im europäischen Raum werden bereits flächendeckend Gesichtserkennungssysteme eingesetzt. Eine Entwicklung die man kritisch hinterfragen muss – auch die von der Regierung in Österreich geplante Einführung. Allerdings würde ein Einsatz im privaten Bereich - Stichwort Smart-Home-Integration durchaus Sinn ergeben. Gesichter die sich nicht im Haus aufhalten sollten, werden selbst bei persönlicher Anwesenheit gemeldet, auf Wunsch automatisch an die Polizei.

Biometrische Methoden unterliegen hohen ethischen, gesetzlichen und methodischen Anforderungen. Je mehr Automatismen eingesetzt werden sollen, desto ausgereifter und zuverlässiger muss eine Software funktionieren. Freie Angebote wie zum Beispiel OpenCV lassen sich für die eigenen Bedürfnisse anpassen, allerdings ist bei fehlender Erfahrung die Zuverlässigkeit nicht gegeben. In einem kritischen und sensiblen Bereich wie bei Novomatic, insbesondere in der Öffentlichkeitswahrnehmung, muss, wenn solche Systeme eingesetzt werden, die Zuverlässigkeit erprobt und gesichert sein.

Dieses Interview entstand im Rahmen einer Kooperation zwischen futurezone und Novomatic AG. Die redaktionelle Hoheit liegt bei der futurezone.

„Ainsworth“, 13.07.2019

Gute Gewinnchance bei Novomatic-Anleihe



 FACEBOOK

 EMAIL

 DRUCKEN

Nach der Herabstufung des Glücksspiel-Konzerns Novomatic durch S & P sind die Anleihekurse deutlich gesunken - eine günstige Kaufgelegenheit.



Euro am Sonntag

von Thomas Strohm, Euro am Sonntag

Glück im Spiel, Pech mit dem Rating. Völlig überraschend für viele Investoren hat die Agentur S & P Mitte Juni das Rating von Novomatic, das mit Ausblick "stabil" versehen war, von "BBB-" auf "BB+" gesenkt. Das ist nur eine Stufe, aber eine entscheidende.

Novomatic-Anleihe: 1,625% bis 20.09.2023
100,00 EUR 0,00%



Charts

Die Note des Glücksspielkonzerns aus Österreich ist vom Investment Grade, in dem Anleihen als relativ ausfallsicher gelten, in den Non-Investment-Grade gerutscht. Somit mussten sich einige institutionelle Anleger von den beiden ausstehenden Bonds des Unternehmens trennen. Es kam zu deutlichen Kursverlusten. Für Anleger, die nicht an derlei rigide Investmentvorgaben gebunden sind, eine gute Kaufgelegenheit - vor allem beim **2023 fälligen Bond**.

Maue Entwicklung

Vor der Ratingentscheidung wurde das Papier zu Kursen von mehr als 102 Prozent gehandelt, bis Fälligkeit bedeutete das eine Rendite von 1,15 Prozent im Jahr. In den Tagen nach dem Downgrade fiel der Kurs bis auf 97 Prozent, das entsprach einer Rendite von 2,38 Prozent. Seither sind die Notierungen wieder etwas gestiegen. Beim aktuellen Kurs bringt die Anleihe mit Restlaufzeit von gut vier Jahren aber noch immer eine attraktive Rendite von 1,82 Prozent per annum.

S & P verweist auf die maue Entwicklung von Kennzahlen, die sich auch 2019 nicht verbessern dürften. So sinkt die Marge - Gewinn (Ebitda) im Verhältnis zu Umsatz - seit einigen Jahren: 2017 lag sie bei 24 Prozent, 2018 bei 21 Prozent. Die Nettoverschuldung betrug 2017 das 1,8-Fache des Ebitda, 2018 das 2,4-Fache - wobei auch dieser Wert nicht alarmierend ist. Die Eigenkapitalquote stieg sogar leicht von 32 auf 33 Prozent. Ein Ausfall ist kaum zu befürchten.

Rote Zahlen

Der Bondemittent, die nicht börsennotierte Novomatic AG, machte 2018 einen Umsatz von 2,6 Milliarden Euro, ein Plus von zehn Prozent. Unterm Strich stand - vor allem wegen einer Wertberichtigung von 264 Millionen auf die australische Ainsworth Game Technology - ein Minus von 155 Millionen, 2017 lag der Überschuss bei 61 Millionen. Auch regulatorische Änderungen belasteten: In Deutschland mussten Automaten umgerüstet werden, in Italien wurde die Glücksspielsteuer erhöht.

Inklusive aller Beteiligungen erzielte die Gruppe 2018 mit weltweit über 30.000 Mitarbeitern einen Umsatz von fünf Milliarden. Der Konzern entwickelt und vertreibt Glücksspielausrüstung, betreibt Spielbanken, Spielhallen sowie Sportwettlokale und ist online aktiv. Novomatic gehört Johann Graf, der die Firma 1980 gründete. Mit 8,1 Milliarden Dollar wird er in der "Forbes"-Liste als zweitreichster Österreicher nach Red-Bull-Boss Dietrich Mateschitz geführt.

Aufs Glücksspiel setzen: "Die Bank gewinnt immer", lautet eine Casinoweisheit. Anleger können sich mit dem Bond einen Teil von diesem Gewinn holen. Ein Glücksspiel ist das Anleiheinvestment beileibe nicht.

ISIN: [AT0000A1LHT0](#)

„Die Presse“, 13.07.2019

Die Presse

Rundumschlag der Tschechen – auch gegen Österreich

Der tschechische Mehrheitseigentümer der Casinos Austria lässt den Streit im Glücksspielkonzern eskalieren. Und legt sich dabei auch mit Österreich an. Vielleicht, weil er den Preis für seinen Ausstieg in die Höhe treiben will?



Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner – Die Presse/Fabry



Hanna Kordik 12.07.2019 um 14:55

Es war im Mai. **Bettina Glatz-Kremsner** war zur Chefin der Casinos Austria gekürt worden, und da unterlief ihr gleich ein kapitaler Irrtum: Die Eigentümerverhältnisse des Konzerns hätten sich stabilisiert, sagte sie in einem „Presse“-Interview. Nun könne man sich endlich wieder auf die Weiterentwicklung des Unternehmens konzentrieren. Glatz-Kremsner im O-Ton: „Der Sturm hat nachgelassen.“ Heute weiß sie: Er hat sich zu einem Orkan ausgewachsen. Der tschechische Mehrheitseigentümer Sazka macht wieder Probleme. Und legt sich dabei immerhin mit der Republik, die 33 Prozent am Unternehmen hält, an. Die maximale Eskalationsstufe ist erreicht. Womit sich die Casinos Austria mitnichten mit der Frage der Weiterentwicklung befassen, sondern vielmehr mit der Frage: „Wie soll es weitergehen?“ Die Antwort lautet immer wieder: „Einer wird sich verabschieden müssen.“

Gemeint sind die drei Großaktionäre der Casinos Austria: Das ist zunächst einmal die tschechische Sazka, die rund 38,3 Prozent an den Casinos hält. Auf Platz zwei ist die Republik, die via Staatsholding Öbag 33 Prozent der Anteile besitzt. Und der niederösterreichische Glücksspielkonzern Novomatic mit rund 17,2 Prozent.

Treppenwitz der Geschichte: Im Frühjahr 2015 hatte der damalige ÖVP-Finanzminister, **Hans Jörg Schelling**, die Parole ausgegeben, die dank unzähliger Kleinsteigentümer unüberschaubare und konfliktbeladene Aktionärsstruktur zu bereinigen, um den Glücksspielkonzern wieder zu einem stabilen Flaggschiff zu machen. Doch sein Plan einer Verstaatlichung mit eventuell folgendem Börsengang scheiterte furios. Da hatte er wohl nicht mit den Süppchen gerechnet, die die vielen Eigentümer im Alleingang kochen wollten: Sie verkauften querbeet. Herausgekommen ist zwar eine weniger zersplitterte Eigentümerstruktur. Dafür hat sich der Streit dramatisch gesteigert.

Im Grunde geht es dabei um das Ziel der Tschechen, in den Casinos Austria die Kontrolle zu erlangen. Diese brauchen sie, um die österreichische Beteiligung in der Konzernbilanz zu konsolidieren – und das wiederum braucht es, um auf den Finanzmärkten etwas darstellen zu können.

Keines der Ziele erreicht

Über die Jahre mussten die Tschechen sämtliche Etappen dazu als gescheitert abhaken: Sie haben bei den Unternehmensanteilen keine Mehrheit; sie können nicht konsolidieren; ihr vor wenigen Jahren installierter Generaldirektor **Alexander Labak** musste sich aus der Chefetage verabschieden; sie konnten die Kontrolle im Aufsichtsrat nicht übernehmen.

Diese fehlgeschlagene Machtübernahme im Aufsichtsrat ist auch der Ausgangspunkt für den nun tobenden Streit: Im Juni 2018 unterbreiteten die Tschechen einen neuen Vorschlag für die Besetzung des Aufsichtsrats. Ein Vorschlag, der es in sich hatte: Zwei Mitglieder wurden dem Miteigentümer Novomatic zugestanden, ein Aufsichtsratsmitglied dem Kleinaktionär Schelhammer& Schattera. Die Republik Österreich, immerhin Dritteigentümerin, sollte leer ausgehen.

Der Plan scheiterte. Und zwar, weil Novomatic nicht mit den Tschechen stimmte. Obwohl es zwischen Novomatic und Sazka eine schriftlich vereinbarte Stimmrechtsbindung gibt. Doch Novomatic erachtete das Begehren der Tschechen als nicht vereinbar mit dem Wohlergehen des Unternehmens. Und damit war der Fehdehandschuh hingeknallt worden.

Klage eingebracht

Jetzt hat Sazka eine Klage gegen Novomatic bei einem internationalen Schiedsgericht eingereicht. Die Sache wird sich über Jahre hinziehen, was aber an der Größe des Damoklesschwertes nichts ändert: Gewinnen die Tschechen, würde das für die Staatsholding Öbag letztlich bedeuten, dass sie aus dem Casinos-Aufsichtsrat draußen ist.

Der wirkliche Affront gegen die Republik erfolgte aber unmittelbar vor dem Einreichen der Klage. Da gab Sazka-Chef **Robert Chvatal** in einem „Kurier“-Interview harsche Töne gegen den staatlichen Miteigentümer zu Protokoll. Man werde blockiert, dabei wolle man bei den Casinos Austria die „internationale Erfahrung einbringen“. Was angesichts von Branchendaten, wonach Österreich in puncto Bruttospielererträge deutlich über dem EU-Schnitt, Tschechien deutlich darunter liegt, einigermaßen selbstbewusst ist. Doch Chvatal lässt sich nicht beirren: Er wünsche sich bei den Casinos Austria „weniger Nationalismus, vielmehr Pragmatismus zum Wohl des Unternehmens. Und mehr Fokus auf Business und weniger auf die Politik.“

Befremden in Österreich

Das kommt eher nicht so gut an. Im Finanzministerium ist man gelinde gesagt befremdet: „Der Konflikt wurde endlich entschärft. Und jetzt dreht man erst recht an der Eskalationsschraube“, heißt es dort. Nachvollziehbar sei das alles nicht mehr.

Feines Hickhack in der Saure-Gurken-Zeit? Nicht nur. Denn der direkte Affront gegen den staatlichen Miteigentümer ist schon ziemlich speziell. Immerhin obliegen dem Finanzministerium auch die Glücksspielaufsicht sowie die Konzessionsvergabe für sogenannte Spielbanken. Und bei der Glücksspielabgabe hat das Ministerium auch ein Wörtchen mitzureden. Heißt: Die Tschechen haben sich da keinen schwachbrüstigen Gegner ausgesucht. Was bezwecken die Tschechen also mit ihrem Vabanquespiel? „Einer wird gehen müssen“, lautet das Urteil etlicher Involvierter. Aber wer? „Es ist wie beim Mikado“, sagt einer, „wer sich als Erster bewegt, ist draußen.“

Wenn's nur so einfach wäre. Tatsächlich ist es undenkbar, dass sich die Staatsholding Öbag zurückzieht. Die Casinos Austria sind erstens ein bedeutendes Unternehmen, und zweitens hat die Öbag per Gesetz keinerlei Privatisierungsspielraum.

Und Novomatic? Nicht gar so ausgeschlossen, aber dennoch unrealistisch. Die Tschechen sähen das wohl gern, doch die Niederösterreicher haben seinerzeit mit aller Kraft einen Fuß in die Casinos-Tür bekommen. Rein strategisch würde ein Ausstieg wenig Sinn ergeben. Abgesehen davon, dass das der Sazka nichts brächte: Wenn ein Casinos-Eigentümer verkauft, haben die anderen sogenannte Aufgriffsrechte. Die Öbag würde zweifellos davon Gebrauch machen. Sazka würde also mit den wenigen verbleibenden Novomatic-Anteilen immer noch auf keine Mehrheit kommen

Plant Sazka den Abschied?

Bleibt also die Sazka selbst. In eingeweihten Kreisen wird das Szenario, dass die Tschechen auf gut Österreichisch den Hut drauf hauen, als das wahrscheinlichste erachtet. Sazka-Chef Chvatal hat zwar im erwähnten Interview betont: „Wir sind gekommen, um zu bleiben.“ Doch mit einer geeigneten Summe würde er sich schon umstimmen lassen, so die Vermutung. Manche meinen sogar, die Tschechen würden gerade deshalb so heftig auf den Putz hauen – um die Nervosität der anderen Eigentümer und letztlich auch den Preis für den Abschied zu maximieren.

Rund 500 Millionen Euro haben die Tschechen in ihr Österreich-Abenteuer gesteckt. Wer sollte ihnen da den Abschied bezahlt machen? Die Öbag? Schwer vorstellbar. Novomatic kann aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht zugreifen. Kein Wunder, dass im Hintergrund einige wieder ein „Österreich-Konsortium“ ins Spiel bringen. So wie seinerzeit, im Jahr 2015. Damals waren Investoren wie **Eva** und **Christoph Dichand**, der Immobilienentwickler **Erwin Soravia** und der Unternehmer **Michael Tojner** an Casinos-Anteilen interessiert gewesen, sie unterlagen aber den Tschechen im Bieterkampf.

Wer weiß: Vielleicht geht am Ende das Kalkül Schellings doch auf. Und Bettina Glatz-Kremsner hätte am Ende auch recht gehabt.

Johannes Hahn soll EU-Kommissar bleiben

Kanzlerin Brigitte Bierlein will ihn zur Verlängerung vorschlagen.
Ist ein späterer Austausch gegen Karoline Edtstadler möglich?

WIEN, BRÜSSEL. Johannes Hahn steht vor seiner dritten Amtszeit als EU-Kommissar. Wie Übergangskanzlerin Brigitte Bierlein am Donnerstag per Aussendung mitteilte, wird sie Hahn als österreichisches Mitglied der Europäischen Kommission nominieren, falls der Hauptausschuss des Nationalrats diesem Vorschlag zustimmt.

Da Bierlein mit allen Parlamentsparteien Gespräche geführt hat, dürfte diese Zustimmung nur noch Formsache sein. Im Hauptausschuss des Nationalrats haben die bisherigen Regierungsparteien ÖVP und FPÖ eine Mehrheit, beide Parteien können mit Hahn leben und zudem auf die Unterstützung der Liste Jetzt zählen.

Die ÖVP wollte zwar eigentlich die ehemalige Staatssekretärin und nunmehrige EU-Abgeordnete Karoline Edtstadler aus Salzburg in die EU-Kommission entsenden, doch dafür war die FPÖ nicht zu haben. Umgekehrt sind auch die Bemühungen der SPÖ, der FPÖ einen SPÖ-nahen Diplomaten oder Beamten schmackhaft zu machen, ge-



Johannes Hahn geht als Kommissar wohl in die Verlängerung. BILD: SN/APA

scheitert. So bleibt als Lösung nur die Verlängerung von Hahn übrig.

Hahn ist seit 2010 Mitglied der EU-Kommission. Anfangs war er Kommissar für Regionalpolitik, zuletzt Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen. Ob er dieses Dossier in der neuen EU-Kommis-

sion behält, ist offen. Die Ressortverteilung ist Sache der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, falls sie am Dienstag vom EU-Parlament gewählt wird.

Johannes Hahn begann seine Karriere in der Wiener ÖVP, war für den Glücksspielkonzern Novomatic tätig und wurde 2007 Wissenschaftsminister. 2010 entsandte ihn Rot-Schwarz nach Brüssel. Der 61-Jährige ist mit der früheren FPÖ-Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer liiert.

Das Gerücht, dass ÖVP-Chef Sebastian Kurz nach etwaiger gewonnener Wahl Hahn doch noch durch Karoline Edtstadler ersetzen könnte, wird übrigens nicht so leicht Realität werden. Laut EU-Vertrag muss ein EU-Kommissar nur dann gehen, wenn ihn der Kommissionspräsident dazu auffordert.

SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner signalisierte ihre Zustimmung zu Hahn, sofern er sich verpflichte, die ganze Periode zu machen. **via, pur**

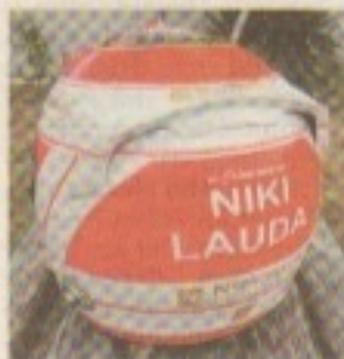
Peter Wiesmeyer

Lauda soll in Spielberg viel Schub verleihen

Wenn Lukas Dunner dieses Wochenende in Spielberg Gas gibt, fährt Österreichs kürzlich verstorbene Rennsportlegende Niki Lauda als Vorbild nicht nur *im* Kopf mit – sondern auch *am* Kopf! Fürs Heim-Event der Euroformula Open ließ man für Sponsor Novomatic speziell designete Lauda-Helme anfertigen, die dem 17-Jährigen zusätzlichen Schub für die Rennen am Samstag und Sonntag verleihen sollen.

Wobei der Wiener mit Erfolgen schon genug aufbauen konnte! Vor zwei Wochen der Triumph im Wimmerwerk-Prototyp beim 4-Stunden-Rennen in Mugello (Ita) – und zuletzt in der Formel 3 am Hungaroring für Teo Martin Motorsport die nächsten Stockerplätze (2. und 3.) sowie eine schnellste Rennrunde eingefahren. Womit der Liese-Prokop-Privatschüler nun als neuer Gesamtzweiter angreift!

Und topmotiviert ist, jetzt auch in der Steiermark abzuliefern: „Ich kann gar nicht sagen, wie sehr ich mich auf diesen Stopp im Kalender freue – meine erste Gelegenheit, mich dort zu beweisen“, betont der Youngster, der auf seinen ersten Sieg im Formelauto brennt. Vielleicht gelingt's ja mit Lauda *im* und *am* Kopf . . .



Dunners Lauda-Helm



NOVOMATIC übernimmt die in der CCA ausgebildeten Programmierer

Insgesamt 8 Teilnehmer haben im Frühjahr die NOVOMATIC Corporate Coding Academy (CCA), die unternehmensinterne Ausbildungsstätte für Spieleentwickler, abgeschlossen. Alle wurden von den hauseigenen Game Studios der NOVOMATIC und der Greentube in reguläre Arbeitsverhältnisse übernommen.

„Make the most out of you“ ist der Leitspruch der NOVOMATIC Corporate Coding Academy, in der Spezialisten für Software und Spieleentwicklung ausgebildet werden. „Ich konnte mich schon immer für Technik und Computerspiele begeistern. Das Tüfteln, Herausfinden und selbst Programmieren hat mich von Beginn an in den Bann gezogen. Das war der Grund, warum ich unbedingt in der Gaming-Branche tätig werden wollte“, erinnert sich einer der Absolventen, der eben erst sein CCA-Zeugnis erhalten hat.

Im November 2018 begann er gemeinsam mit 9 weiteren Bewerbern seine Ausbildung. NOVOMATIC bildet im Bereich Game Design mittels eines neuartigen Trainingskonzepts in nur 6 Monaten „Coding Heroes“ durch die eigene, im Unternehmen konzipierte Corporate Coding Academy aus. Dort bietet NOVOMATIC eine individuelle Coding-Ausbildung in einer kleinen Gruppe, begleitet von erfahrenen

Spezialisten der Software- und Spieleentwicklung. Neben den inhaltlichen Inputs erhalten die neuen Mitarbeiter Einblicke in die Game Studios und deren Game Development-Prozesse. In diesem fokussierten Lehrgang kommt man schneller ans Ziel als in herkömmlichen Studienlehrgängen und kann parallel dazu schon an echten, internationalen und marktrelevanten Projekten arbeiten. „Wenn ich mit meiner Ausbildung an der CCA fertig bin, kann ich schon erste Erfahrungen mit der C++-Programmierung vorweisen und nach dem Abschluss eigenständig qualitativ hochwertige Programme erstellen“, freut sich eine der Teilnehmerinnen der CCA.

„Wir sind sehr stolz auf unsere Coding Heroes und konnten während der Ausbildung tolle Entwicklungen beobachten. Wir wünschen allen Absolventen einen erfolgreichen Start“, so Dr. Klaus Niedl, Global HR Director.

Ibiza-Affäre: Staatsanwaltschaft lässt 13 parteinahe Vereine überprüfen

Suche nach illegalen Parteispenden im FP-, SP- und VP-Umfeld – Parteien dementieren

WIEN. Mit demonstrativer Gelassenheit reagieren ÖVP und SPÖ auf die am Dienstagabend bekannt gewordenen Ermittlungen im Zuge der „Ibiza-Affäre“. Wie berichtet, will die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) nicht nur FP-nahe, sondern auch Vereine aus dem SP- und VP-Umfeld auf illegale Parteispendenflüsse überprüfen.

„Wir haben nichts zu verbergen und eine weiße Weste“, sagte SP-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda gestern. Die Partei habe bereits selbst „alles durchleuchtet“, seit 2012 habe es etne etnzige Spende in Höhe von 3500 Euro gegeben. „Ich glaube nicht, dass man sich damit die Republik kaufen kann“, so Drozda. Auch er begrüße die Ermittlungen, ließ Ex-Kanzleramtsminister und Wiens VP-Chef Gernot Blümel wissen: „Wir haben immer gesagt, dass es hier eine vollständige und lückenlose Aufklärung braucht.“ Aus der türkisen Parteizentrale hieß es: „Die



2017 in einer Villa auf Ibiza: Strache und Gudenus im Gespräch mit einer vermeintlichen Oligarchennichte

Foto: APA



„Die ÖVP hat keine illegalen Spenden über Vereine erhalten.“

Stellungnahme aus der türkisen Parteizentrale

ÖVP hat keine illegalen Spenden über Vereine erhalten.“

Die Ermittler wollen das selbst überprüfen. Die WKStA hat dazu das Bundeskriminalamt (BKA) beauftragt, Vereine im FP-, SP- und VP-Umfeld auszuforschen, „die als Empfänger der behaupteten Spenden infrage kommen können“. Bei der Behauptung beruft sich die Staatsanwaltschaft auf Aussagen von Ex-FP-Chef Heinz-Christian Strache im „Ibiza-Video“ über Waffenproduzent Gaston Glock, Immobilien-Unternehmer René Benko und den Glücksspielkonzern Novomatic als potenzielle Spender – alle drei dementierten umgehend. Die von Drozda genannte

Spende – an den sozialdemokratischen Wirtschaftsverband – kam von Novomatic.

Blümels Name taucht auf

Insgesamt 13 Vereine, die infrage kommen, soll das BKA laut Rechercheplattform „Addendum“ bisher aufgelistet haben, darunter fünf VP- und zwei SP-nahe Vereine (siehe unten). Dass auf VP-Seite Blümel als einer der Ersten reagier-

te, wundert nicht: Bei „Pro Patria“ war er lange Zeit Kassier, den „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“ hat seine Wiener ÖVP ins Leben gerufen. Der Verein finanziert sich ausschließlich aus Mitteln der Stadtpartei und habe „keinen einzigen Cent an Spenden und Geldleistungen von Dritten erhalten“, hieß es gestern via Aussendung.

Die Ermittler werden sich das ebenso genau anschauen wie das

SP-nahe „Wiener Kulturservice“, das als Mitveranstalter des Donauinselfests heuer 1,8 Millionen Euro Fördermittel erhielt. Laut Rechnungshof soll auch Geld für Parteiwerbung geflossen sein. Die Wiener SPÖ hat der „Presse“ zufolge nach der Kritik der Prüfer einen – der Höhe nach nicht genannten – Betrag zurückgezahlt.

Ob es zu einer umfassenden Aufarbeitung aller im Partei-Umfeld stehenden Vereine kommt, derer es weit mehr gibt, ist offen. Auch weil die Ermittler offiziell dazu schweigen. WKStA-Sprecherin Elisabeth Taubl bestätigt auf OÖNachrichten-Anfrage nur, dass es neben Strache, Ex-FP-Klubchef Johann Gudenus und Ex-Finanzreferent Markus Tschank „17 weitere Beschuldigte, darunter auch Verbände und Vereine“, gibt und dass eine Sonderkommission des BKA um Unterstützung bei den Ermittlungen gebeten wurde. Mehr sage sie nicht, denn „der Akt ist Verschlussache“. Auch das zeigt, wie heikel die Causa, an der ein Team von Oberstaatsanwälten arbeitet, ist. (jub)

DIESE VEREINE WERDEN ÜBERPRÜFT

■ Im **FP-Umfeld** lässt die Staatsanwaltschaft sechs Vereine prüfen: Neben einem Personenkomitee für Ex-FP-Chef Heinz-Christian Strache „Austria in Motion“, „Wirtschaft für Österreich“, „Patria Austria“, das „Institut für Sicherheitspolitik“ und der „Verein für politische Kultur in Österreich“.

■ Fünf Vereine aus dem **VP-Umfeld** stehen im Visier: „Pro Patria – Für Niederösterreich“ und der

„Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“ vom Wiener VP-Chef Gernot Blümel, der Vorzugsstimmen-Verein von EU-Mandatar Lukas Mandl, „Modern Society“ und das „Institut für Bildung und Innovationen“.

■ Im **SP-Umfeld** geprüft wird das „Wiener Kulturservice“, Mitveranstalter des Donauinselfests, und die 2017 gegründete Wahlkampfplattform „Weil’s um was geht“.

„Die Presse“, 11.07.2019

Ibiza-Affäre: Welche parteinahen Vereine die Ermittler überprüfen wollen

13 Vereine, die der FPÖ, der ÖVP und der SPÖ nahestehen, sollen nach Heinz-Christian Straches Aussagen im „Ibiza-Video“ auf Parteienfinanzierung hin überprüft werden.



Das "Ibiza-Video" zeigte die damaligen FPÖ-Politiker Johann Gudenus (l.) und Heinz-Christian Strache. – (c) APA/HARALD SCHNEIDER (HARALD SCHNEIDER)

Die österreichische Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) will neben **parteinahen Vereinen der FPÖ** auch solche prüfen, die der ÖVP und der SPÖ zugerechnet werden. Das berichteten die Wochenzeitung „Falter“ sowie die „Süddeutsche Zeitung“ am Dienstag. Dabei geht es um die Frage, ob über Vereinskonstruktionen Spenden an die Parteien geflossen sein könnten – und ob etwaige Spender dabei Gelder veruntreut haben könnten.

Wie das Onlinemedium „Addendum“ am Mittwochvormittag berichtete, will die WKStA insgesamt 13 parteinahe Vereine dahingehend überprüfen. Das geht aus einem Anlassbericht vom Juni 2019 hervor. Konkret handle es sich dabei um **sechs FPÖ-nahe Vereine** („Austria in Motion – Verein zur Reform der politischen Kultur in Österreich“, „Wirtschaft für Österreich“, „Patria Austria – Verein zur Förderung des österreichischen Kultur- und Brauchtums“, „Wir für HC Strache – Parteiunabhängiges Personenkomitee“, „Reformen – Zukunft – Österreich Verein für politische Kultur in Österreich“, „Institut für Sicherheitspolitik – ISP), um **fünf ÖVP-nahe Vereine** („Heimatverein Pro Patria – Für Niederösterreich“, „VSM – Vorzugsstimmen für Mandl“, „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“, „Modern Society – Verein zur Förderung der politischen Bildung und Forschung im urbanen Raum“, „Institut für Bildung und Innovation“) und um **zwei SPÖ-nahe Vereine** („Wiener Kulturservice“, „Weil's um was geht! – Plattform für ein progressives, weltoffenes und entschlossenes Österreich. Gegen Kleingeist und Engstirnigkeit.“). Die Parteizuordnung sei vom Bundeskriminalamt vorgenommen worden, berichtete „Addendum“. Die Vereine im Detail:

- **Bei der FPÖ** geht es um sechs Vereine, darunter jene rund um Kurzzeit-Finanzreferent Markus Tschank sowie den ORF-Stiftungsrat Markus Braun. Auf der Liste stehen unter anderem das auch Verteidigungsministerium mit Geld bedachte "Institut für Sicherheitspolitik", die Vereine "Austria in Motion", "Wirtschaft für Österreich" und "Patria Austria" sowie ein Personenkomitee für Ex-FP-Chef Heinz-Christian Strache.
- **Bei der ÖVP** geht es um fünf Vereine, darunter der im Untersuchungsausschuss zum Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) bekannt gewordene und von einem früheren BVT-Mitarbeiter geführte Verein "Pro Patria – Für Niederösterreich", bei dem der Wiener ÖVP-Chef Gernot Blümel lange Kassier war. Apropos: Auch Blümel's "Verein zur Förderung bürgerlicher Politik" steht auf der Liste, ebenso der Vorzugsstimmen-Verein des EU-Abgeordneten Lukas Mandl und das "Institut für Bildung und Innovation". Blümel begrüßte am Mittwoch die Ermittlungen, die „rasch und gründlich“ erfolgen sollten. Bei der FPÖ, meinte der ÖVP-Politiker, habe man nur wenig Interesse verspürt, die Ibiza-Affäre aufzuklären.
- **Bei der SPÖ** finden sich zwei Vereine auf der Liste – allen voran das "Wiener Kulturservice". Dieser Verein tritt neben der SPÖ als Mitveranstalter des Donauinselfestes auf. Zweiter der SPÖ zugerechneter Verein ist die 2017 gegründete Wahlkampfplattform "Weil's um was geht". Sie richtete sich vor allem gegen die FPÖ und wies eine Nähe zur SPÖ zurück.

Vereine „könnten in Frage kommen“

Tatsächlich handle es sich bei den genannten Vereinen um solche, die für Spendenkonstruktionen „in Frage kommen könnten“, zitiert das Medium aus dem Anlassbericht, aus dem auch hervorgehe, dass, so ein „Verdacht“ angeführt werde, dieser meistens nicht auf einen strafrechtlich relevanten Vorwurf gegen den jeweiligen Verein hindeute. Als Basis für diese erste Beurteilung der Vereine sollen demnach großteils Medienberichte dienen.

Eine klare Verdachtslage gebe es für das Bundeskriminalamt – „Addendum“ zufolge – beim „Wiener Kulturservice“. Der Verein, der das Wiener Donauinsselfest mitveranstaltet, habe im Jahr 2019 1,8 Millionen Euro an Fördergeldern erhalten. Nach einem Rechnungshof-Rohbericht seien diese Fördergelder auch für Parteiwerbung verwendet worden. Die Wiener SPÖ reagierte nach Berichten damals mit einer „Neuaufstellung“ des „Kulturservice“ und der Agentur, die das Donauinsselfest betreut.

20 Beschuldigte und Angezeigte

Die WKStA befasst sich in der Ibiza-Causa insgesamt mit rund 20 Beschuldigten und Angezeigten – darunter auch Verbände und unbekannte Täter, wie eine Sprecherin der WKStA am Dienstagabend erläuterte. Mehrere Oberstaatsanwälte seien mit der Arbeit befasst, im Bundeskriminalamt gebe es ein eine Sonderkommission. Für alle Betroffenen gilt die Unschuldsvermutung.

Hintergrund sind die Aussagen des damaligen FPÖ-Chefs Heinz-Christian Strache im „Ibiza-Video“: Er hatte im Sommer 2017 über mögliche Konstrukte gesprochen, die große Spenden am Rechnungshof vorbei an die Parteien leiten könnten, und hatte dabei Namen von Unternehmern genannt – René Benko, Gaston Glock, Heidi Goëss-Horten sowie der Glücksspielkonzern Novomatic hätten an Vereine gespendet, hatte Strache in dem Video behauptet. Nach Publikwerden des Videos im Mai 2019 entschuldigte sich Strache bei den Unternehmern und dementierte Spenden: Nach seiner Kenntnis habe es unter seiner Obmannschaft „keinerlei solcher Zuwendungen, weder an die FPÖ, noch an solche der FPÖ nahstehende Vereine gegeben“. Strache trat im Mai als Parteichef und Vizekanzler der türkis-blauen Regierung zurück, die kurz danach an der Ibiza-Affäre zerbrach.

Ermittlungen sind Verschlussache

Die WKStA weitete schließlich die Untersuchung von FPÖ-nahen Vereinen auch auf solche im Umfeld der ÖVP und der SPÖ aus. Der damalige FPÖ-Politiker Johann Gudenus hatte im Video gesagt, dass auch andere Parteien derartige illegale Spendenkonstruktionen nutzen würden – was von FPÖ, SPÖ und ÖVP bestritten wurde.

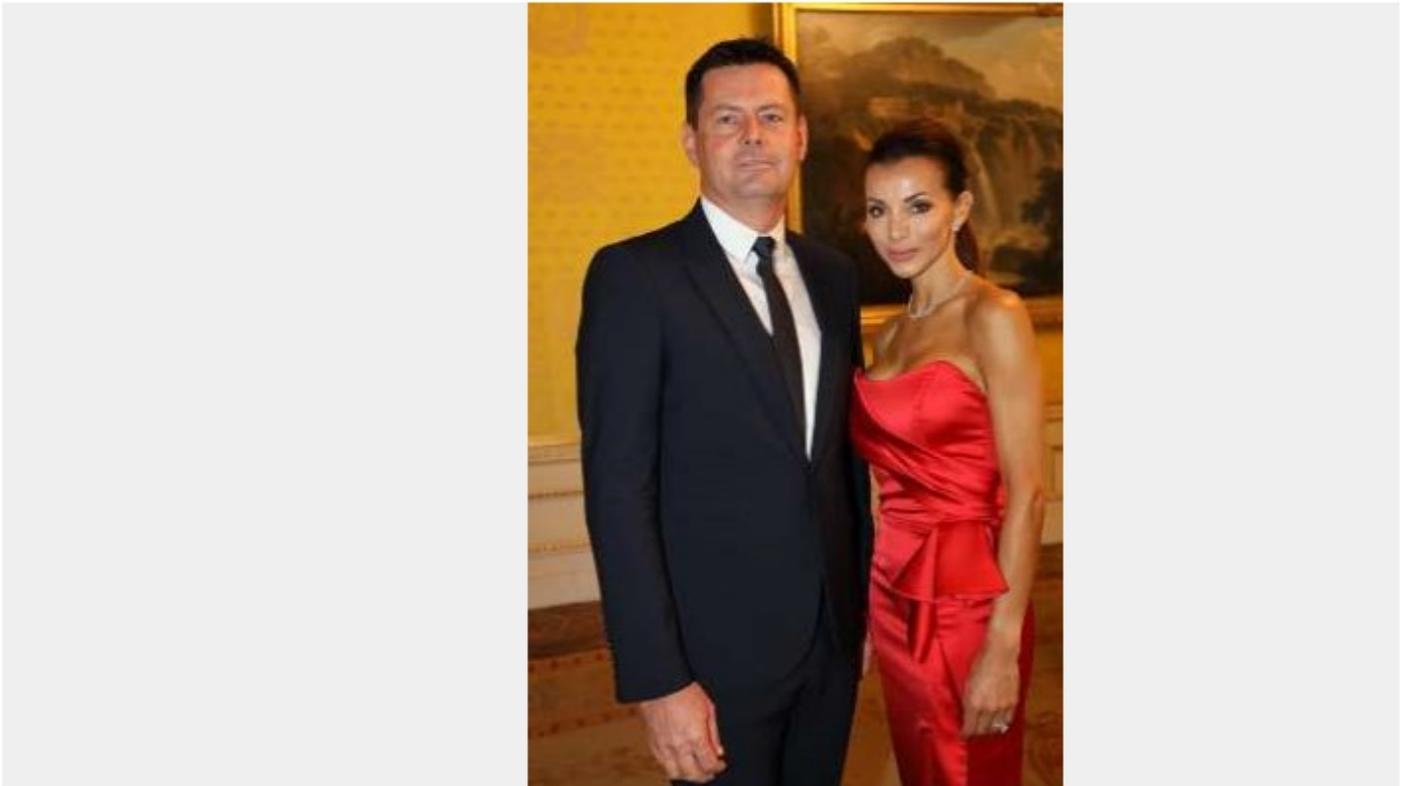
Letztere wiederholte am Mittwoch, keine illegalen Spenden über Vereine erhalten zu haben. Die Ermittlungen finde man allerdings gut. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda sagte am Mittwoch, seine Partei habe eine „weiße Weste“ und „nichts zu verbergen“. Mit der WKStA werde man „vollumfänglich“ kooperieren. Drozda fügte an, dass die SPÖ vom Jahr 2012 weg „alles durchleuchtet“ habe: Dabei habe man eine Spende der Novomatic in der Höhe von 3500 Euro gefunden. „Ich glaube nicht, dass man sich damit die Republik kaufen kann“, meinte Drozda. Bei SPÖ-nahen Vereinen wisse er von keinen Zahlungen, „von denen die SPÖ profitiert hätte“.

Die mit dem Fall betraute Staatsanwältin bat dem „Falter“ zufolge nun um „Ausmittlung von allfälligen weiteren FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-nahen gemeinnützigen Vereinen, die als Empfänger der behaupteten Spenden der Novomatic AG, der Glock GmbH und der Signa-Holding in Betracht kommen würden“. Auch andere Verfahren sollen auf verdeckte Parteispenden hin überprüft werden. Und es solle ermittelt werden, „ob bei den auszumittelnden Vereinen Großspenden gegebenenfalls auch durch die Summe zeitnah erfolgter kleinerer Spenden desselben Spenders eingegangen sind“, wie der „Falter“ aus der Ermittlungsanordnung zitierte. Der Umfang der Ermittlungen dürfte also enorm sein. Der Akt wird zudem als Verschlussache geführt.

„Kurier“, 10.07.2019

Casinos-Großaktionär vor Milliarden-Deal in Griechenland

Die tschechische Sazka bietet mehr als zwei Milliarden Euro für die Komplettübernahme der griechischen Lotterie Opap.



© Copyright Karl Schöndorfer TOPP Sazka-Eigentümer Karel Komárek mit Ehefrau bei der Verleihung eines Awards in der
Die tschechische Sazka Group, der größte Aktionär der Casinos Austria, plant laut eigenen Angaben das teuerste private Übernahmeangebot in Griechenland seit mehr als einem Jahrzehnt. Sazka will die griechische Lotterie Opap zur Gänze übernehmen und bietet 9,12 Euro je Aktie. Nehmen alle Aktionäre des ehemals staatlichen, börsennotierten Glücksspielunternehmens an, summiert sich das Angebot auf rund 2,06 Milliarden Euro.

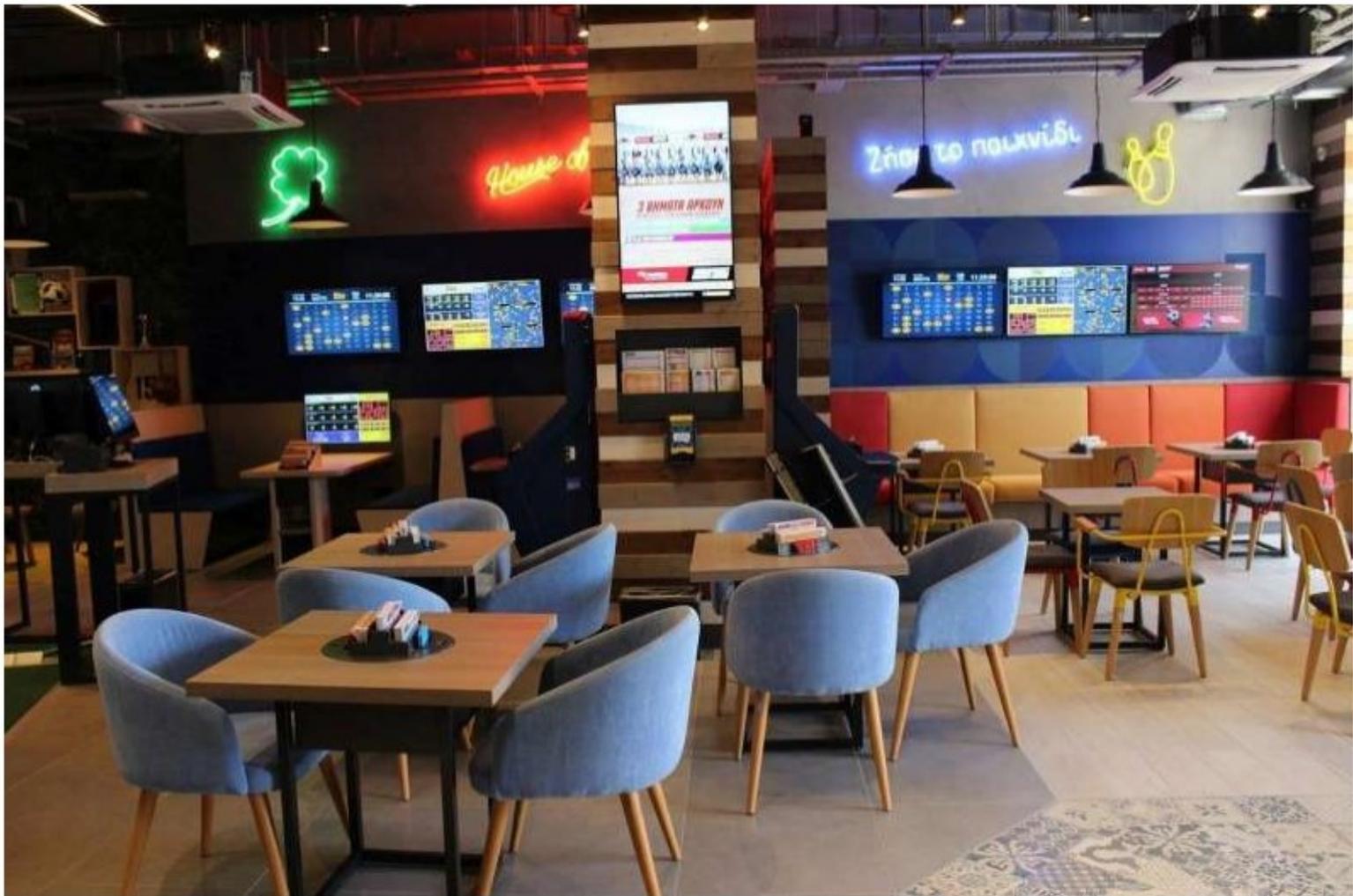
Sazka gehört zum Mischkonzern des tschechischen Milliardärs Karel Komárek und hält derzeit indirekt ein knappes Drittel an Opap. Der Rest ist Streubesitz. CEO von Sazka ist Robert Chvatal, der in Österreichs Wirtschaftskreisen als ehemaliger Chef von T-Mobile Austria kein Unbekannter ist.



© Sazka Group Robert Chvatal, CEO von Sazka

„Dank unserer kontinuierlichen Unterstützung sowie unseres aktiven Engagements im Geschäft haben wir dazu beigetragen, für alle Aktionäre der Opap einen signifikanten Mehrwert zu schaffen“, erklärte Komárek dazu. Seit dem 1. Mai 2013, dem Tag der Bekanntgabe der Privatisierung von Opap, hätten die Aktionäre eine Gesamtrendite von mehr als 130 Prozent erzielt, inklusive der Dividenden von insgesamt mehr als 1,4 Milliarden Euro.

Opap spielte im Vorjahr einen Nettogewinn von 143 Millionen Euro ein, hat 1.300 Mitarbeiter und einen Börsenwert von 3,16 Milliarden Euro. Geschäftszweige sind Lotto, Sportwetten und VLTs, mit einem Server vernetzte Spielautomaten. Opap ist mit 712 Millionen Euro im Jahr einer der größten Steuerzahler Griechenlands.



© Sazka Group Lotto-Annahmestelle in Griechenland

Die Finanzierung der Übernahme sei bereits gesichert, erklärt Sazka. Es handle sich um eine Kombination aus Bankkrediten, hauptsächlich über die Citibank, ein Teil werde aus Eigenkapital aufgebracht.

Noch offen ist, ob Sazka selbst an die Börse gehen wird. Womit wir zu den Casinos Austria kommen. Denn dafür wäre es von Vorteil, wenn Sazka die Casinos Austria (Casag) samt den Lotterien konsolidieren könnte. Das funktioniert aber nur, wenn Sazka den heimischen, teilstaatlichen Glücksspielkonzern beherrscht. Dort ist seit dem Vorjahr ein erbitterter Streit unter den Großaktionären um die Vorherrschaft ausgebrochen. Die Tschechen halten 38 Prozent, zweitgrößter Aktionär ist die heimische Staatsholding ÖBAG mit einem Drittel, Nummer drei mit 17 Prozent ist die Novomatic.

Sazka hat, wie der KURIER berichtete, den Casinos-Aktionär Novomatic (17 Prozent) beim Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris geklagt und für die Klage Teile des Ibiza-Videos verwendet. Und zwar jene Ausschnitte, in denen der zurückgetretene FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache Novomatic im Zusammenhang mit Parteispenden erwähnte. Sowohl Strache als auch Novomatic dementierten Parteispenden umgehend.

„Kurier“, 10.07.2019

Ibiza-Video: Justiz will Ermittlungen auf ÖVP und SPÖ ausdehnen

Nach KURIER-Bericht zitieren deutsche Medien aus WKStA-Schreiben: Weitere Vereine könnten illegal Spenden lukriert haben.



© APA - Austria Presse Agentur

Die Ermittlungen in der Ibiza-Affäre wegen illegaler Parteispenden sind offenbar noch umfangreicher als erwartet: Der KURIER berichtete am Freitag, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) nicht nur gegen die FPÖ-Männer Heinz-Christian Strache, Johann Gudenus und Markus Tschank ermittelt, sondern auch jene Unternehmen ins Visier nimmt, die Strache in jener Nacht auf Ibiza aufgezählt hat.

Wörtlich sagte der damalige FPÖ-Chef: „Gaston Glock als Beispiel, Heidi Horten ist ein Beispiel. Rene Benko, der die ÖVP und uns zahlt – einer der größten Immobilienmakler Österreichs. Novomatic zahlt alle.“ Die Unternehmen dementieren, jemals direkt oder indirekt an die FPÖ oder eine andere Partei bzw. deren Vereine gespendet zu haben.

Die WKStA dürfte es aber genau wissen wollen und untersucht deshalb nun auch andere Parteien bzw. ihnen nahe stehende Vereine. Laut einer Sprecherin gibt es derzeit 20 Angezeigte bzw. Beschuldigte.

Die Korruptionsjäger wollen sich deshalb nun auch andere Parteien bzw. ihnen nahe stehende Vereine

anschauen. Der *Spiegel* und die *Süddeutsche Zeitung* zitieren am Dienstag aus einem vertraulichen Schreiben, in dem die Staatsanwaltschaft die Polizei um die Ermittlung möglicher „FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-naher gemeinnütziger Vereine, die als Empfänger der behaupteten Spenden der Novomatic AG, der Glock GmbH und der Signa-Holding in Betracht kommen würden“ bittet.

Verdacht ausgeweitet

Heißt vorerst: Die Justiz will wissen, welche Vereine es gibt – wohl, um Beweise zu sammeln und Zeugen zu befragen.

Tatsächlich beschuldigt sind im Verfahren, das als Verschlussakt behandelt wird, bisher nur Strache, Gudenus und Tschank sowie „weitere Beschuldigte“ bzw. „Unbekannte“. Ihnen wird Untreue in verschiedenen Beteiligungsformen vorgeworfen.

Frühere Beweise gesucht

Die WKStA hegt den Verdacht, dass – laut Strache-Aussagen – im Wahlkampf 2017 zwischen 500.000 und zwei Millionen Euro an illegalen Parteispenden geflossen sind.

Sollte das stimmen, hätten die Manager „in unvertretbarer Weise gegen solche Regeln verstoßen, die dem Vermögensschutz der von ihnen vertretenen Unternehmen als wirtschaftlich Berechtigte dienen“, wie es in dem WKStA-Schreiben heißt. Das entspricht dem Straftatbestand der Untreue.

Außerdem wollen die Ermittler wissen, ob es aus früheren Verfahren „Anhaltspunkte für derartige verdeckte Parteispenden“ gibt – sie wollen also alte Beweismittel aufrollen. Die Ermittlungen dürften spätestens dann jede Dimension sprengen.

Allerdings muss das Vorhaben der Staatsanwälte, gegen Verantwortliche der Unternehmen – und in weiterer Folge gegen andere Vereine oder Parteien – zu ermitteln, erst vom Justizministerium und dem Weisungsrat abgesegnet werden.

Die geheimen Ermittlungsakten der Korruptionsstaatsanwaltschaft

Die Justiz nützt Ibiza für eine Großaktion: Vereine von FPÖ, aber auch von SPÖ und ÖVP werden untersucht. Verdacht: Untreue

Ein angehender Vizekanzler sitzt mit einer vermeintlichen Oligarchennichte in Ibiza und erzählt von all den Spendern, die seine Bewegung angeblich anonym unterstützen: „Es gibt ganz wenige, die an die Partei spenden, weil das an den Rechnungshof geht. Dann ist es offen. Das will keiner.“

Aber, so Strache: „Es gibt ein paar sehr Vermögende. Die zahlen zwischen 500.000 und eineinhalb bis zwei Millionen (...) Ich kann ein paar nennen, die zahlen aber nicht an die Partei, sondern an einen gemeinnützigen Verein.“ Und: „Der Verein hat nichts mit der Partei zu tun. Dadurch hast du keine Meldungen an den Rechnungshof.“

Und dann nennt er Namen: den Glücksspielkonzern Novomatic, den Pistolenproduzenten Gaston Glock und den Immobilieninvestor René Benko – den Strache tags zuvor auf dessen 64 Meter Jacht „Roma“ getroffen haben will: Sie alle, prahlt Strache, wären potenzielle Spender für die FPÖ. Mehr noch: Strache plaudert sogar aus, dass Benko angeblich auch an Sebastian Kurz spende und die Novomatic „an alle“.

Die Unternehmer dementieren, aber das von Spiegel, Süddeutscher Zeitung und Falter veröffentlichte Video hat natürlich auch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gesehen, und die will es jetzt genau wissen. Ganz genau.

Das geht aus einer streng vertraulichen Ermittlungsanordnung (Zahl 17St2/19p) vom 29. Mai hervor, die dem Falter vorliegt. In der Strafsache „Mag. Johann Gudenus und andere Beschuldigte“, darunter eben auch Ex-FPÖ-Boss Heinz-Christian Strache, leitet Staatsanwältin Christina Jilek nicht nur ein Verfahren gegen die FPÖ-Politiker ein, sondern sie sucht offenbar auch nach „Verantwortlichen“ der Firmen Glock, Novomatic und Signa Holding, die „zu einem nicht näher bekannten Zeitpunkt vor der Wahl zum Nationalrat am 15. Oktober 2017 ihre Befugnis, über fremdes Vermögen, nämlich über das Vermögen der von ihnen vertretenen Unternehmen, zu verfügen, wissentlich missbraucht haben“, indem sie „mehreren Parteien Geldbeträge in der Höhe von 500.000 bis 2.000.000 Euro als nicht deklarierte Parteispenden zukommen ließen, sohin Leistungen ohne konkrete Gegenleistung erbrachten“.

Dadurch hätten die Manager „in unverantwortbarer Weise gegen solche Regeln verstoßen, die dem Vermögensschutz der von ihnen vertretenen Unternehmen als wirtschaftlich Berechtigten dienen“.

Mit anderen Worten: Die Staatsanwaltschaft sieht die von Strache verratenen angeblichen Geldspenden an parteinahe Ver-

eine nicht mehr nur als freiwillige Zuwendung vermöglicher Mäzene an, sondern als Früchte eines Verbrechens: als Untreue. Daraus folgt für die Justiz: Nicht nur die Manager würden sich eines Verbrechens schuldig machen, sondern auch die Verantwortlichen der Vereine von FPÖ (Gudenus, Strache) sowie ÖVP und SPÖ und in weiterer Folge auch die Politiker. Das bislang so schwer fassbare System der Parteispenden wäre also ein großes Verbrechen.

Staatsanwältin Jilek legt den Fall als kriminalpolizeiliches Hochamt an. Sie will nicht nur bei den betroffenen Firmen ermitteln lassen, sondern offenbar auch eine genaue Landkarte politischer Vereine erstellen lassen, über die veruntreutes Geld an



BERICHT:
FLORIAN KLERK

Tatverdächtiger
Heinz-Christian
Strache löste
weitreichende
Ermittlungen aus



Die Korruptionsstaatsanwaltschaft sieht verdeckte Parteispenden als Untreue an. Sie verfolgt nun unbekannte Täter bei jenen Firmen, die Strache nannte. Und sucht nach den Vereinen bei FPÖ, ÖVP und SPÖ

die Parteien geflossen sein könnte. So ersucht sie die Kriminalpolizei um „Ausmittlung von allfälligen weiteren FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-nahen gemeinnützigen Vereinen, die als Empfänger der behaupteten Spenden der Novomatic AG, der Glock GmbH und der Signa-Holding in Betracht kommen würden“. Weiters will sie wissen, „ob gegebenenfalls aus anderen vorangegangenen Verfahren Anhaltspunkte für derartige verdeckte Parteispenden durch die genannten Unternehmen vorliegen“. Und sie will „Ermittlungen dazu, ob bei den auszumittelnden Vereinen Großspenden gegebenenfalls auch durch die Summe zeitnah erfolgter kleinerer Spenden desselben Spenders eingegangen sind“.

Die WKStA, zuletzt in den Fällen BVT unter schweren Beschuss gekommen – und im Fall Eurofighter erstaunlich aufmüppig –, will die Causa Ibiza also nicht auf kleiner Flamme kochen, sondern sie kocht den Fall einmal so richtig hoch.

Die Polizisten haben nun alle Hände voll zu tun, sie werden nicht nur ausforschen müssen, welche Vereine „parteinahe“ sind, sondern wohl auch dessen Spender penibel erfassen müssen, um dort Gelder von Glock, Novomatic oder Signa Holding des René Benko zu suchen. Und dann müssen die Polizisten recherchieren, ob die Spenden an die Vereine dem Geschäftszweck der Konzerne gedient haben. Aber wie weit sollen und dürfen die Ermittler dabei gehen? Was ist „parteinahe“? Der Gewerkschaftsbund? Die Kinderfreunde? Die Landjugend? Alle Burschenschaften, in denen FPÖ-Parteifunktionäre sitzen? Müssen diese Vereine nun ihre Konten offenlegen?

Es gibt nun zwei Möglichkeiten: Entweder versendet der Akt, wie so viele Großverfahren, in der Fülle der Ermittlungsanordnungen. Oder die Polizei legt wirklich ein System der Untreue rund um verdeckte Großspenden offen und sticht in ein Wespennest, dann allerdings wären wohl die Parteikassiere von ÖVP, FPÖ und SPÖ mit langjährigen Haftstrafen bedroht. Wie Falter-Recherchen zeigen, dürfte es tatsächlich schon erste Spuren geben. Die Ermittler halten sich aber bedeckt.

Noch etwas ist in dem Fall erstaunlich. Die Akte wird als „Verschlussache“ geführt. Es ist allen Beschuldigten bei Androhung von „gerichtlicher Strafe“ strengstens untersagt, Inhalte aus dem Strafverfahren nach außen zu tragen. Die Beschuldigten können sich also derzeit gegen die doch recht weitreichenden Maßnahmen öffentlich nicht wehren und nehmen nicht Stellung.

Offen ist auch, ob Heinz-Christian Strache wegen Bestechlichkeit verfolgt wird. Er versprach der angeblichen Oligarchennichte ja, dass sie im Falle eines für ihn politisch erfolgreichen Krone-Investments jene staatlichen Bauaufträge bekommen werde, die derzeit die Strabag des Hans Peter Haselsteiner innehat.

Ist das schon eine Anbahnung einer Vorteilsannahme? Die WKStA, aber auch führende Strafrechtler sehen darin eine straflose Vorbereitungshandlung. Strache habe ja noch keine Regierungsgewalt gehabt, sein Amt also gar nicht missbrauchen können.

Einzelne Staatsanwälte, die unter Zusage von Anonymität mit dem Falter den Fall erörterten, meinen hingegen, Strache habe mit dieser verbotenen Wahlwerbung bereits sein damaliges Amt als Abgeordneter illegal ausgeübt. Strache bestreitet alle Vorwürfe, er habe an dem Abend immer wieder betont, dass jede Parteispende nur legal und rechtskonform erfolgen dürfe.

Herr Professor Gert Schmidt, seine Detektive und seine Geschichte

Ein Mann mit besten Beziehungen zu legalen Glücksspielbetreibern behauptet, Zugang zu Ibiza-Informanten zu haben

Wer Gert Schmidt besucht, landet im Barock der 1980er-Jahre. Knapp 200 Quadratmeter hat seine Gründerzeit-Wohnung mit Blick aufs Parlament und den Rathauspark. Mahagoni-Wandverbau, Perserteppiche, Chesterfield-Sitzgruppe, Venezianische Spiegel, Bleikristallgläser, Kunstblumen. Schmidt, Jahrgang 1944 („Müssen Sie das so genau schreiben?“), vom Auftreten her ein Gentleman der alten Wiener Schule, der Menschen prinzipiell mit ihrem akademischen Titel und seine Bedienerin als „Frau Mizzi“ anspricht, ist eine der merkwürdig schillernden Randfiguren in der an bizarrem Personal ohnehin nicht armen Ibiza-Affäre.

Der gestürzte FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache, sein überpöppeltes Weggefährte Johann Gudenus, dessen Frau, die schöne – auf gut Wienerisch „schoafe“ – falsche Oligarchennichte Aljona Makarowa und ihr großspuriger Freund Julian H.: Das waren die Hauptdarsteller, die auf dem von der Süddeutschen Zeitung und dem Spiegel veröffentlichten Video live zu sehen waren.

Schmidt sorgte in den sieben Wochen seit Bekanntwerden der Affäre in schöner Regelmäßigkeit dafür, dass weitere Namen auftauchten, die allesamt ins Genre „Nebendarsteller“, „Hintermänner“ und „Drähtzicher“ fallen. Und, beabsichtigt oder nicht, von den Hauptprotagonisten und ihren Verfehlungen ablenkten. Als Medium dafür dient ihm sein Online-Portal *EU-Infothek*, als dessen „Herausgeber“ er sich auf seiner Visitenkarte führt.

Es war Schmidt, der vier Tage nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos als Erster Johann Gudenus' Version der Causa online stellte. Mit einem Mal waren er und Strache Opfer eines mutmaßlichen Komplotts. Spionage, Rotlicht, Drogen – aus der Staatsaffäre wurde unter Schmidts Regie schnell eine Posse der Wiener Halbwelt.

Es war Schmidt, der als Erstes den Wiener Anwalt Ramin M. und Julian H. mit vollen Namen als mutmaßliche „Drähtzicher“ hinter dem Video nannte. Und es war Schmidt, der zuletzt jenen angeblichen E-Mail-Austausch von Anfang Februar 2018 zwischen ÖVP-Chef Sebastian Kurz und seinem Vertrauten Gernot Blümel in Auszügen veröffentlichte, in dem schon vom Ibiza-Video die Rede ist („Wir haben ein Video mit Strache und Gudenus. Mehr persönlich“). Die ÖVP prangerte einen „Fälschungsskandal“ an, möglicherweise sogar einen aus der Werkstatt des Polit-Beraters Tal Silberstein. Schmidts Geschichte hinter den Mails ist krimifrei.

PORTRÄT:
BARBARA TOTH

Professor Gert Schmidt in seinem Büro in der Wiener Innenstadt

Demnach habe sich ein autodidaktischer Cyber-Security-Mann bei ihm gemeldet. Dieser habe nicht nur die WLAN-Sicherheit jener berühmten Villa in Ibiza geprüft, bei einem Folgeauftrag habe er auch aus einem Gebäude in der Wiener Innenstadt Daten abgesaugt, darunter das mehrstündige, ungeschnittene Ibiza-Video und weitere acht kleinere Videos, dazu 1500 bis 2000 Mails aus der Führungriege der ÖVP.

Schmidt versteht es, seine Info-Häppchen boulevardgerecht zu verkaufen. „Die ganze Wahrheit über Produktion und Verkauf des Ibiza-Videos“, „Geheimnisvolle Nebenschauplätze“ lauten die Titel seiner Blog-Einträge. Bei Wolfgang Fellners *oe24-TV* sind er, aber auch die von ihm genannten

Enthüller über die Hintergründe des Ibiza-Videos“, sagt er über seine Rolle in der Affäre im Gespräch mit dem Falter. Das klingt seltsamerweise nicht viel anders als Ramin M.s Motivation.

„Cui bono?“ – wer profitiert davon? – und „Follow the Money“ heißen die goldenen Regeln, wenn es um die Aufklärung von Korruption und Verbrechen geht. Die Wiener Korruptionsanwaltschaft nimmt diesen Ansatz gerade sehr wörtlich und hat Ermittlungen gegen alle im Ibiza-Video genannten Politiker, Parteien und Unternehmen, darunter auch den Glücksspielkonzern Novomatic, aufgenommen (siehe Artikel Seite 14).

Schmidt, Novomatic und die Casinos Austria – das ist die Geschichte einer fast schon lebenslangen freundschaftlichen Geschäftsbeziehung. Schmidt stammt aus einfachen Verhältnissen, erzählt er. Seine Mutter zog ihn alleine groß, sein Vater, ein deutscher Soldat, der in Linz-Hörsching stationiert war, kehrte nach dem Krieg nach Deutschland zurück. Nach einer Industriekaufmann-Lehre begann er im Verlagswesen zu arbeiten. Über einen Mentor lernte er schon als Mittwanziger den damals frisch bestellten Casinos-Austria-Generaldirektor Leo Wallner kennen. Anfang der 1980er-Jahre schrieb Schmidt unter dem Pseudonym „Rolf Singer“ eine Titelgeschichte über illegale Glücksspielautomaten für den *Trend*. Daraufhin kontaktierte ihn Novomatic-Gründer Johann Graf und fragte ihn, ob er ihn beraten könne. Kurz darauf gründete er den Verlag *Erfolg* und das gleichnamige Wirtschaftsmagazin. Recherche, Informationshandel, eigene und befreundete Interessen scheinen sich in Schmidts Leben schon mehrmals auf für ihn vorteilhafte Art und Weise ergänzt zu haben.

In der Glücksspielbranche ist Schmidts Name seit Jahrzehnten wohlbekannt, er tritt mit seiner Plattform „spieler-info.at“ als „Spielerschutz“ und Kämpfer gegen das illegale Glücksspiel an, dafür arbeitet er mit „Betreibern legaler Glücksspielangebote“ zusammen. Für sein – im Milieu nicht unumstrittenes – Spielerschutz-Engagement bekam Schmidt 2010 auch den Professorentitel verliehen. Dann gibt es noch ein Luxushotel in Thailand und einen Dessous-Direktivvertrieb in Schmidts Portfolio. Seit Februar gehört auch die Omnia-Detektei GmbH dazu, mit deren Sicherheitsexperten er illegalen Automatenstandorten nachgeht. Und gleichzeitig auch der einen oder anderen Spur in der Ibiza-Affäre. Dass daraus am Ende bloß kein Interessenskonflikt entsteht.



Ich sehe mich als zeitweiliger und zufälliger Enthüller über die Hintergründe der Ibiza-Affäre. Ich hatte immer schon einen 12-Stunden-Arbeitstag

GERT SCHMIDT

Nebendarsteller, wie etwa Sascha Wandl, ein ehemaliger Arbeitgeber des Julian H., gern gesehene Studiogäste. Schmidts Quellen bleiben dabei anonym, er tritt als von ihnen autorisiertes Sprachrohr auf.

Einzig Ramin M., der Anwalt, der in Schmidts Aufstellung der Affäre der Initiator war, hat sich via seinen Anwalt Richard Soyer zu Wort gemeldet. Bei dem Video „handelte es sich um ein zivilgesellschaftlich motiviertes Projekt, bei dem investigativ-journalistische Wege beschritten wurden“. Vielleicht wegen dieses Nicht-Dementis greift die Presse auch Schmidts weitere Spuren immer wieder auf.

Normalerweise sind Lobbyisten und Litigation-PR-Experten auf Nachrichtenhandel dieser Art spezialisiert. Aber Schmidt beteuert, weder im Auftrag noch auf Rechnung irgendeines der Ibiza-Akteure zu agieren, sondern rein aus journalistischem Interesse und Gerechtigkeitsgefühl heraus. „Ich sehe mich als ein zeitweiliger und zufälliger

„www.orf.at“, 10.07.2019



AUCH SPÖ UND ÖVP IM VISIER

Justiz ermittelt nach „Ibiza“ im großen Stil

Die Ermittlungen zum „Ibiza-Video“ weiten sich laut Medienberichten auf Vereine aus, die ÖVP und SPÖ nahestehen. Fix ist, inzwischen gibt es etwa 20 Beschuldigte und Angezeigte, darunter auch Verbände und unbekannte Täter, wie es am Dienstag von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hieß. Und die Justiz dürfte auch die im Video genannten Unternehmen unter die Lupe nehmen.

Online seit gestern, 22.41 Uhr



In der WKStA wurde für die Angelegenheit ein Team aus mehreren Oberstaatsanwälten gebildet. Auch eine Sonderkommission im Bundeskriminalamt sei eingerichtet, es würden Vernehmungen vorgenommen, hieß es am Dienstag. In der Causa seien bereits acht Berichte an die Oberstaatsanwaltschaft ergangen, darunter ein Vorhabensbericht. Über diesen sei noch nicht entschieden, so die WKStA-Sprecherin. Mehr könne man nicht preisgeben, weil es sich um eine Verschlussache handle, berichtete am Dienstag der ORF-„Report“.

Im „Ibiza-Video“ hatte der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache gesagt, es gebe Unternehmen, die an die FPÖ verdeckt spenden würden, aber auch an ÖVP und die SPÖ. Alle genannten Firmen dementierten solche Spenden umgehend. Laut Medienberichten vom Dienstag ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsanwaltschaft aber nun im Umfeld aller drei Parteien. Ebenso die genannten Firmen geraten in den Fokus. Die „Süddeutsche Zeitung“ und der „Spiegel“, die das Video publik gemacht hatten, berufen sich wie auch der „Falter“ auf die vertrauliche Ermittlungsanordnung der WKStA vom 29. Mai.

Erstellung einer „Landkarte politiknaher Vereine“

Die WKStA habe die Kriminalpolizei um „Ausmittlung von allfälligen weiteren FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-nahen gemeinnützigen Vereinen, die als Empfänger der behaupteten Spenden der Novomatic AG, der Glock GmbH und der Signa-Holding in Betracht kommen würden“, ersucht. Staatsanwältin Christina Jilek lege den Fall als kriminalpolizeiliches Hochamt an, so der „Falter“. Sie wolle offenbar eine „genaue Landkarte politiknaher Vereine“ erstellen lassen, über die veruntreutes Geld an die Parteien geflossen sein könnte.

Weiters will die WKStA wissen, „ob gegebenenfalls aus anderen vorangegangenen Verfahren Anhaltspunkte für derartige verdeckte Parteispenden durch die genannten Unternehmen vorliegen“. Und sie will „Ermittlungen dazu, ob bei den auszumittelnden Vereinen Großspenden gegebenenfalls auch durch die Summe zeitnah erfolgter kleinerer Spenden desselben Spenders eingegangen sind“, zitierte der „Falter“ weiter.

Suche nach Verantwortlichen

Gesucht werde auch nach „Verantwortlichen“ der im Video von Strache genannten Firmen Novomatic AG, Glock GmbH und der Signa Holding für angebliche Spenden, und zwar wegen des Vorwurfs der Untreue.

Gesucht werden Personen, die „zu einem nicht näher bekannten Zeitpunkt vor der Wahl zum Nationalrat am 15. Oktober 2017 ihre Befugnis, über fremdes Vermögen, nämlich über das Vermögen der von ihnen vertretenen Unternehmen, zu verfügen, wissentlich missbraucht haben“. Und zwar indem sie „mehreren Parteien Geldbeträge in der Höhe von 500.000 bis 2.000.000 Euro als nicht deklarierte Parteispenden zukommen ließen, sohin Leistungen ohne konkrete Gegenleistung erbrachten“, zitiert der „Falter“ aus dem Akt.

Spender, Vereine und Politiker unter Verdacht

Dadurch hätten die Manager „in unvertretbarer Weise gegen solche Regeln verstoßen, die dem Vermögensschutz der von ihnen vertretenen Unternehmen als wirtschaftlich Berechtigte dienen“. Und auch gegen die angeblichen Empfänger soll vorgegangen werden.

Da der Verdacht auf Untreue bestehe, würden sich nicht nur jene Personen eines Verbrechens schuldig machen, sondern auch die Verantwortlichen der parteinahen Vereine und in weiterer Folge auch Politiker. „Das bislang so schwer fassbare System der Parteispenden wäre also ein großes Verbrechen“, schreibt der „Falter“.

Österreichs Ibiza-Affäre weitet sich aus



In der Öffentlichkeit ist von Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache nicht mehr viel zu sehen - aber die Nachrichten bestimmen die Causa Ibiza weiterhin. (Foto: Manfred Segerer/imago images)

- Österreichische Staatsanwälte ermitteln aufgrund möglicher illegaler Spenden nicht mehr nur gegen FPÖ-Politiker.
- Sie untersuchen nun auch, ob womöglich illegale Parteispenden an die ÖVP und die SPÖ geflossen sind.
- Zudem geht sie dem Verdacht der Untreue durch Unternehmen nach, die angeblich gespendet haben.

ANZEIGE

Von [Leila Al-Serori](#), [Oliver Das Gupta](#), [Peter Münch](#), [Frederik Obermaier](#) und [Bastian Obermayer](#)

In der Ibiza-Affäre um Österreichs früheren Vizekanzler [Heinz-Christian Strache](#) (FPÖ) hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ausgeweitet. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft untersucht nun auch, ob womöglich illegale Parteispenden nicht nur an die FPÖ, sondern auch an die ÖVP und die SPÖ geflossen sind. Zudem geht sie dem Verdacht der Untreue durch Unternehmen nach, die angeblich gespendet haben. Dies besagt eine "Ermittlungsanordnung", die der Wochenzeitung *Falter* zugespielt wurde und von *Süddeutscher Zeitung* und *Spiegel* eingesehen werden konnte.

Das vertrauliche vierseitige Schreiben ist Ende Mai erstellt und unterschrieben worden. Die Ermittlungen könnten die politische Landschaft Österreichs erschüttern, weil nun auch andere Parteien als die FPÖ ins Blickfeld geraten.

Das Verfahren in der Strafsache "Mag. Johann Gudenus und andere Beschuldigte" wurde eingeleitet, [nachdem die SZ und der Spiegel im Mai über ein Video berichtet hatten, das beiden Medien zugespielt worden war](#). Das Video war im Sommer 2017 heimlich in einer Villa auf Ibiza aufgenommen worden. Die Aufnahme zeigt, wie Strache und sein damaliger Parteifreund Johann Gudenus davon erzählen, dass Spenden nicht direkt an die FPÖ gezahlt, sondern über parteinahe Vereine umgeleitet werden sollten.

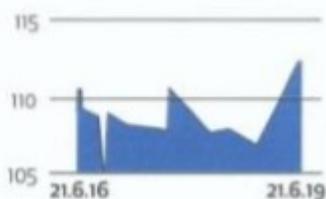
Strache hatte einige Spender genannt, die an die FPÖ, aber auch an die ÖVP oder die SPÖ Geld geben würden: Waffenfabrikant Gaston Glock, Investor René Benko und die Glücksspielfirma Novomatic. Glock, Benko und die Novomatic bestreiten dies. Strache erklärte später, es seien keine solchen Spenden geflossen, und entschuldigte sich bei den Personen und Firmen für die Behauptung.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft geht der Sache jetzt dennoch nach. Laut der "Ermittlungsanordnung" soll die Kriminalpolizei nicht nur parteinahe Vereine im Umfeld der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) überprüfen. Sie will auch wissen, welche Vereine, die der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) oder der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) nahestehen, als Empfänger von umgeleiteten [Parteispenden](#) infrage kommen könnten. Johann Gudenus hatte im Ibiza-Video behauptet, dass auch die anderen Parteien diese illegale Spendenpraxis betreiben. FPÖ, SPÖ und ÖVP bestreiten dies. Die SPÖ erklärte allerdings, 2017 habe eine Landesorganisation des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes von Novomatic 3500 Euro erhalten.

„Börsianer“, 09.07.2019

TOP/FLOP-PERFORMER

S IMMO 3,25%*



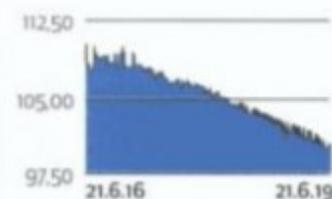
Quelle: TeleTrader

TOP/FLOP-KURSENTWICKLUNG (YTM)

ANLEIHERNAME	ISIN	KURS	YTM % **
WEB Windenergie AG 5,250 % 2023	AT0000A0Z7B5	95,00	6,8 %*
WEB Windenergie AG Hybrid-Anleihe 6,500 %	AT0000A191A9	99,76	6,51 %
WEB Windenergie AG 3,500 % 2019	AT0000A191B7	100,20	2,77 %
Andritz 3,875 % 2019	AT0000A0VL55	100,65	-8,39 %
Wienerberger 4,000 % 2020	AT0000A100E2	103,53	-0,28 %
Porr AG 3,875 % 2019	AT0000A19Y28	101,39	-0,06 %

*kein Chart verfügbar von WEB

3,875% Andritz-Anleihe 12-19

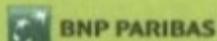


Quelle: TeleTrader

ANLEIHENKURSE

DIE 15 TOP/FLOP-CORPORATE-PRIME-ANLEIHEN DER WIENER BÖRSE (YTM)

ANLEIHERNAME	ISIN	KURS	YTM %*	YTD-HIGH	YTD-LOW	IMO-EURO	VERZINSUNG	FÄLLIGKEIT	TYP
WEB Windenergie AG 5,250 % 2023	AT0000A0Z7B5	95,00	6,8%*	n.a.	n.a.	4,08	5,250	08.04.2023	fix ▲
WEB Windenergie AG Hybrid-Anleihe 6,500 %	AT0000A191A9	99,76	6,51%	99,76	99,76	2,66	6,500	31.12.2070	fix ▲
WEB Windenergie AG 3,500 % 2019	AT0000A191B7	100,20	2,77%	100,20	100,20	10,57	3,500	07.10.2019	fix ▲
S Immo AG 3,250 % 2027	AT0000A1DWK5	112,25	1,57%	112,25	112,25	65,00	3,250	21.04.2027	fix ▲
S Immo AG 3,250 % 2025	AT0000A1DBM5	109,75	1,48%	111,50	109,75	33,99	3,250	09.04.2025	fix ▲
WEB Windenergie AG 5,500 % 2023	AT0000A0Z793	115,50	1,29%	n.a.	n.a.	6,39	5,500	08.04.2023	fix ▲
S Immo AG 4,500 % 2021	AT0000A177D2	107,10	0,88%	107,50	107,10	89,74	4,500	17.06.2021	fix ▲
Swietelsky Baugesellschaft 4,625 % 2019	AT0000A0WR40	101,18	0,77%	103,58	101,18	74,09	4,625	12.10.2019	fix ▲
S Immo AG 3% 2019	AT0000A195B5	100,65	0,69%	102,18	100,65	100,00	3,000	03.10.2019	fix ▲
CA Immo AG 2,750 % 2022	AT0000A1CB33	106,07	0,45%	106,13	103,64	175,00	2,750	17.02.2022	fix ▲



Rohstoffe gibt es auch mit Rabatt.

Andritz 3,875% 2019	AT0000A0VL55	100,65	-8,39%	102,50	100,19	350,00	3,875	09.07.2019	fix ▼
Wienerberger 4,000% 2020	AT0000A100E2	103,53	-0,28%	104,58	103,05	300,00	4,000	17.04.2020	fix ▼
Porr AG 3,875 % 2019	AT0000A19Y28	101,39	-0,06%	102,86	100,75	56,26	3,875	28.10.2019	fix ▼
Swietelsky Hybrid-Anleihe	AT0000A07LU5	102,00	0,00%	102,00	102,00	70,00	5,539	31.12.2070	variabel ▼
Wienerberger Hybrid-Anleihe	DE000A1ZN206	106,59	0,00%	107,55	103,45	272,19	5,000	31.12.2070	variabel ▼
Porr Hybrid-Anleihe	AT0000A19Y36	109,78	0,00%	109,90	108,50	25,00	6,750	31.12.2070	variabel ▼
Novomatic AG 3,000 % 2021	AT0000A1B2L5	105,88	0,07%	105,88	103,93	200,00	3,000	23.06.2021	fix ▼
Strabag SE 1,625 % 2022	AT0000A1C741	104,02	0,09%	104,02	102,42	200,00	1,625	04.02.2022	fix ▼
Strabag SE 3,000 % 2020	AT0000A109Z8	102,62	0,14%	103,67	102,48	200,00	3,000	21.05.2020	fix ▼
Egger Holzwerkstoffe 4,500 % 2019	AT0000A0WNP5	101,20	0,17%	104,36	101,20	150,00	4,500	01.10.2019	fix ▼
UBM Realitätenentwicklung AG 4,875 % 2019	AT0000A1B5Y1	100,23	0,26%	101,87	100,22	91,32	4,875	09.07.2019	fix ▼